



Blickpunkt **Lateinamerika**

Das Magazin von Adveniat – Ausgabe 1 | 2021



BERUF: STAATSFEIND

Titel: Pressefreiheit in Venezuela

WERTVOLLER MÜLL

Recyclingfirma aus Honduras
Vorreiter im Umweltschutz

Liebe Leserinnen und Leser!



Journalismus erfordere die Fähigkeit, dorthin zu gehen, wo sonst niemand hingehet, sagt Papst Franziskus in seiner Botschaft zum diesjährigen Welttag der sozialen Kommunikationsmittel. Es gehe darum, die Realität zu zeigen, wie sie sei – auch das, was mancher Machthaber gerne vor der Öffentlichkeit verstecken würde: Armut, Umweltverschmutzung, Gewalt. Die Journalisten, die für Adveniat in Lateinamerika und der Karibik recherchieren, tun genau das. Sie begeben sich in die entlegensten Winkel und sehen ganz genau hin – neugierig, offen und mutig.

Doch in manchen Ländern ist das kaum mehr möglich, wie zum Beispiel in Venezuela, wo Präsident Nicolás Maduro die freie Presse bereits mundtot gemacht hat. Radiojournalist Daniel Lara musste wegen seiner regierungskritischen Berichterstattung um sein Leben fürchten und ist ins Exil nach Deutschland geflohen. Aufgeben ist für ihn keine Option. Jeden Freitag geht er weiterhin im Internet auf Sendung und hofft auf einen demokratischen Wandel in seiner Heimat (S. 6–13).

Internet und soziale Medien haben die Kommunikation demokratisiert. Jeder kann sich öffentlich äußern und seine Meinung kundtun. Das verändert unter anderem auch die Protestkultur in Lateinamerika, die sich zunehmend übers Netz formiert und verbreitet (S. 22–23).

Die Vielfalt der Meinungen garantiert einen demokratischen Prozess, für den sich auch Adveniat stark macht, zum Beispiel mit der Förderung staatsunabhängiger, kirchlicher Medien in Venezuela.

Viel Freude bei Lesen!

P. Michael H.

Pater Michael Heinz SVD, Hauptgeschäftsführer

Nachrichten aus Lateinamerika 4

Titel

Beruf: Staatsfeind 6

Venezolanische Journalisten auf der Flucht

Reportage

Wertvoller Müll 14

Recyclingfirma aus Honduras ist

Vorreiter im Umweltschutz

Hintergrund

Nach den Stürmen 18

Wie geht es den Menschen in Honduras drei Monate nach der Katastrophe?

Kultur

Protestkultur in Lateinamerika 20

Ein Blick nach Argentinien, Mexiko, Kolumbien, Chile und Brasilien

Adveniat aktuell 22



Titel: Daniel Lara in seinem improvisierten Studio. Foto: Achim Pohl



Rückseite: Venezolaner auf der Grenzbrücke nach Kolumbien. Foto: Philipp Lichterbeck

Impressum

Herausgeber

Bischöfliche Aktion Adveniat e. V.
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Leiter: Christian Frevel

Redaktion Nicola van Bonn (verantw.)

Mitarbeit an dieser Ausgabe

Knut Henkel, Julian Limmer, Ole Schulz

Unbenannte Artikel und Fotos

Adveniat

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Lektorat Ulrike Anders

Layout und Grafik unikat GmbH, Wuppertal

Druck und Versand Ortmeier Medien

Dieses Heft wurde auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

Erscheinungsweise halbjährlich

ISSN 1433 – 7568

Anschrift der Redaktion

Bischöfliche Aktion Adveniat e. V.
Redaktion Blickpunkt Lateinamerika

Gildehofstraße 2, 45127 Essen
Tel.: 0201 1756-0; Fax: 0201 1756-111

blickpunkt@adveniat.de
www.adveniat.de

Spenden bitte auf unser Konto bei der Bank im Bistum Essen, IBAN: DE03 3606 0295 0000 0173 45 BIC: GENODE1BBE

„Komm und sieh“ (Joh. 1,46)

Danke für den Mut vieler Journalisten

Auch der Journalismus [...] erfordert die Fähigkeit, dorthin zu gehen, wo sonst niemand hingeht, einen Aufbruch und den Wunsch, zu sehen. Neugierde, Offenheit und Leidenschaft. Wir müssen danken für den Mut und den Einsatz so vieler Medienschaffender [...], die oft unter großen Gefahren arbeiten –, wenn wir heute zum Beispiel etwas über die schwierige Lage verfolgter Minderheiten in verschiedenen Teilen der Welt erfahren; wenn die vielfältige Gewalt und Ungerechtigkeit gegen die Armen und gegen die Schöpfung angeprangert werden; wenn über so viele vergessene Kriege berichtet wird. Es wäre ein Verlust nicht nur für die Information, sondern für die gesamte Gesellschaft und für die Demokratie, würden diese Stimmen verschwinden: unsere Menschheit wäre ärmer.

Aus der Botschaft von Papst Franziskus zum 55. Welttag der sozialen Kommunikationsmittel, 24. Januar 2021

Polizeieinsatz auf einer Demonstration in Santiago de Chile. Foto: Jürgen Escher

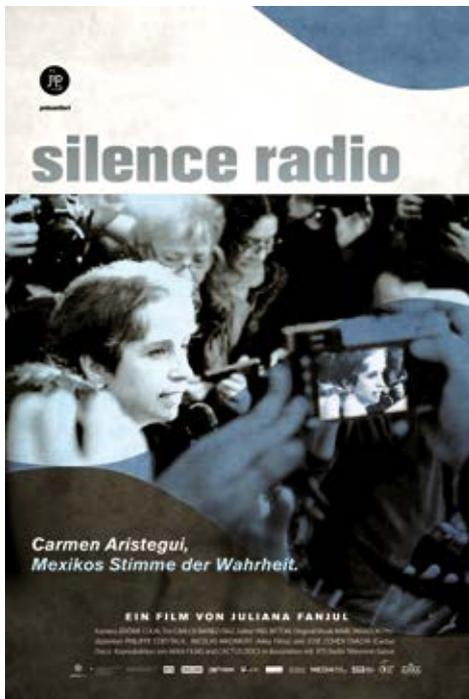


MEXIKO

Funkstille – Dokumentarfilm „Silence Radio“

119 Stimmen von Journalisten sind in den vergangenen 20 Jahren in Mexiko gewaltsam für immer verstummt – das sind mehr als in jedem anderen Land, in dem kein Krieg herrscht. Manche waren nur zur falschen Zeit am falschen Ort, andere wurden gezielt hingerichtet, weil sie Menschen zu nahe rückten, die wenig Skrupel, aber dafür viel Einfluss haben.

Filmplakat.
Urheber: jip-film



Carmen Aristegui, eine der populärsten politischen Journalistinnen Mexikos, will nicht verstummen. Unerschrocken spürt sie in ihrer Radiosendung und ihren Investigativ-Recherchen den politischen Auswüchsen von Korruption und Gewalt in Mexiko nach. Nach der Enthüllung eines Korruptionsskandals um den damaligen Präsidenten Enrique Peña Nieto vor fünf Jahren wurde sie von ihrem Sender gefeuert – obwohl Millionen von Mexikanern täglich ihr Programm einschalteten.

Im Anschluss begann für sie der Kampf für ihr Recht auf Meinungsfreiheit. Die Filmemacherin Juliana Fanjul hat Carmen Aristegui in ihrem Film Silence Radio auf diesem Weg begleitet. Der Film zeigt, wie Aristegui gegen eine Justiz und Regierung anrennt, die allzu oft nur eine Deutungshoheit zulässt – ihre eigene. Der Film ist das Porträt einer Frau, die nicht aufgibt, obwohl Kollegen um sie herum am helllichten Tag auf offener Straße ermordet werden.

Silence Radio gewährt einen Einblick in ein Machtsystem, in dem Staat und organisierte Kriminalität miteinander verwoben sind. Ein System, in dem der Wille zur Wahrheit ein Todesurteil sein kann – beruflich und physisch. An einer Stelle des Films heißt es: „Die Gewalt macht uns zu Zuschauern und Geiseln gleichermaßen.“ Silence Radio zeigt, wie Carmen Aristegui versucht, sich davon zu befreien – mit der stärksten Waffe, die sie besitzt: ihrer Stimme. (jl)

Voraussichtlicher Filmstart: 15. April 2021
Lesen Sie unsere Rezension auf:
→ www.blickpunkt-lateinamerika.de

BRASILIEN

Bergbaukonzern zahlt Entschädigung

Der Bergbaukonzern Vale und der südbrasilianische Bundesstaat Minas Gerais haben sich nach viermonatigen Verhandlungen auf eine Entschädigung wegen eines Dammbrochs geeinigt. Die Höhe beläuft sich auf umgerechnet rund 5,8 Milliarden Euro, wie Medien Anfang Februar berichteten. (→ Siehe auch Seite 22)

Es ist der Regierung von Minas Gerais zufolge die größte Schadensersatzsumme, die jemals in Lateinamerika gezahlt wurde. Am 25. Januar 2019 war nahe der Stadt Brumadinho das Abraumbekken einer Eisen-

ermine gebrochen, worauf sich 13 Millionen Kubikmeter vergifteter Schlamm durch die umliegenden Täler ergossen. 270 Menschen starben.

Ursprünglich hatte die Landesregierung von Minas Gerais sogar umgerechnet 8,5 Milliarden Euro gefordert, um die sozio-ökonomischen sowie die ökologischen Schäden zu beheben. Vertreter der Opferfamilien kritisierten die nun getroffene Vereinbarung, weil sie während der viermonatigen Verhandlungen nicht angehört worden waren. (kna)

EL SALVADOR

Aufarbeitung des Massakers von El Mozote

Es gilt als eines der schwersten Verbrechen aus der Zeit des Bürgerkriegs in El Salvador: Im Dezember 1981 ermordeten Mitglieder der Armee-Spezialeinheit Batallón Atlacatl bei einer Operation gegen die Guerillabewegung mehr als 1.000 Einwohner der Kleinstadt El Mozote und Umgebung.

2012, rund 30 Jahre später, bat das damalige Staatsoberhaupt Mauricio Funes nach einem Besuch der Ortschaft um Vergebung und forderte Ermittlungen. Im Dezember 2018 erklärte ein Gericht den Vorfall offiziell zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Nun hat die katholische Kirche in El Salvador Anwälten von Hinterbliebenen sowie einem Ermittlungsrichter Zugang zum Archiv des Erzbistums San Salvador ermöglicht. Die Juristen erhoffen sich von den Akten weitere Erkenntnisse zur Aufarbeitung des Verbrechens. Zuletzt hatte der Erzbischof von San Salvador, José Luis Escobar Alas, den Juristen den Zugang noch verwehrt. Nach

Kritik von Menschenrechtsorganisationen folgte die Kehrtwende.

„Der Richter hat damit begonnen, die Akten des Massakers zu überprüfen“, sagte Rechtsanwalt David Morales von der Opfer-Organisation Cristosal laut Medienberichten. Die Juristen erhoffen sich von den Studien der Kirchenakten den Nachweis, dass es sich bei den Opfern nicht um Guerilleros, sondern um unschuldige Zivilisten handelte. So sollen Geburtslisten oder Taufurkunden überprüft werden, die bei der Identifizierung helfen können. Zudem verfügt das Erzbistum über ein umfangreiches Archiv an Dokumenten und Zeugenaussagen zu Menschenrechtsverbrechen aus der Zeit des Bürgerkriegs.

In dem mittelamerikanischen Land gibt es seit langem eine Debatte über die Aufklärung des Verbrechens. Im September 2020 wurde Richter Jorge Guzmán der Zugang zu den Archiven des Militärs verweigert. „Die Straflosigkeit darf nicht weitergehen, die Opfer

müssen die Wahrheit erfahren, Zugang zur Justiz bekommen und Wiedergutmachung erfahren“, forderte der Ombudsmann für Menschenrechte, Apolonio Tobar. In die Kritik gerät auch El Salvadors Präsident Nayib Bukele, der seine Zusage, den Ermittlern Zugang zu den Akten zu gewähren, bislang nicht einhalten konnte oder wollte.

Während des Bürgerkriegs in El Salvador zwischen 1980 und 1992 kamen rund 75.000 Menschen ums Leben. Das Schicksal von 8.000 Verschwundenen ist noch immer ungeklärt. (kna)



ECUADOR

Kirche ruft Politik zum Schutz der Umwelt auf

Die katholische Kirche in Ecuador ruft zur Bewahrung der Natur auf. „Ecuadors einzigartiger Reichtum ist die Biodiversität und nicht das Erdöl“, sagte Bischof Rafael Cob García, Projektpartner des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat. Es bestehe die Gefahr, dass die Politik in der Ausbeutung von Rohstoffen die Lösung der wirtschaftlichen Probleme sehe. Das gehe auf Kosten von Mensch und Natur im Amazonasgebiet, in einer der ökologisch sensibelsten Regionen der Welt.

Durch die zunehmende Zerstörung des Amazonas-Tieflands seien vor allem die indigenen Völker in ihrer kulturellen Vielfalt bedroht. „Die Flüsse und Wälder sind ihre Lebensgrundlage, sie haben keinen anderen Ort, wo sie hingehen können“, erklärte der Bischof und wies damit auf einen drohenden Genozid hin. Mit der finanziellen Unterstützung von Adveniat bildet die Kirche Angehörige indigener

Völker und kirchliche Mitarbeiter aus, um gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und die Rechte der Indigenen einzuklagen. (kna)



Oben: Im Archiv von „Tutela Legal“ lagern alle Akten der Gräueltaten des Bürgerkriegs. Foto: Jürgen Escher

Links: Bischof Rafael Cob García bei einer Versammlung in Canelos, Ecuador. Foto: Achim Pohl

Beruf: Staatsfeind

VENEZOLANISCHE JOURNALISTEN AUF DER FLUCHT

TEXT: JULIAN LIMMER

In Venezuela steht es um die Pressefreiheit so schlecht wie in kaum einem anderen Land Lateinamerikas. Journalisten, die sich nicht der Staatspropaganda unterwerfen, laufen Gefahr, verleumdet, verprügelt oder verhaftet zu werden. Daniel Lara hat vieles davon erlebt – ihm blieb nichts anderes übrig als die Flucht.

Als der Journalist Daniel Lara am 1. Oktober 2014 spätnachmittags auf die Straße trat, traf ihn mit einem Schlag die ganze Brutalität des Regimes von Nicolás Maduro. Gerade hatte er noch im Studio gesessen und seine Sendung aufgezeichnet. Gegen 17 Uhr verließ er den Backsteinbau von Radio Caracas Radio (RCR), um den Bus nach Hause zu nehmen.

Als er wenig später an einer Bordsteinkante im Zentrum von Caracas wieder zu Bewusstsein kam, tropfte Blut auf sein grau-gelb kariertes Hemd. Jemand hatte ihn bewusstlos geprügelt. Am nächsten Tag veröffentlichte Lara ein Foto von sich im Internet: glasiger Blick, blutverschmierter Bart, neben der Schläfe eine klaffende Wunde. „Ich kündige an, ich werde nicht schwei-



Ein Journalist wird bei einer Demonstration gegen Präsident Maduro in Caracas mit Wasserwerfern angegriffen. Foto: REUTERS/Ivan Alvarado

gen“, schrieb er dazu. Es war das zweite Jahr unter Präsident Nicolás Maduro. Drei weitere Jahre hielt Daniel Lara noch durch. Dann floh er aus Venezuela.

JOURNALISTEN VERLASSEN DAS LAND

Daniel Lara steht für viele Journalisten in Venezuela, die das tägliche Drama der leeren Supermarktgänge oder die brutale Gewalt gegen Demonstranten dokumentieren, und dadurch selbst zur Zielscheibe werden. In einem Land, in dem Gewalt zum letzten Mittel der Macht geworden ist, stören Kritiker. Sie stören ein Regime, das Organisationen wie Transparency International zu den korruptesten der Erde zählen, das sich in die eigenen Taschen wirtschaftet, während Millionen von Venezolanern hungern.

„Immer mehr Journalisten, die dem Regime kritisch gegenüberstehen, haben bereits das Land verlassen, um der Repression zu entkommen“, sagt Politikwissenschaftler Andrés Cañezales von der katholischen Universität Andrés Bello in Caracas, der auch als Berichterstatter für Reporter ohne Grenzen tätig ist. Es gibt zwar keine verlässlichen Zahlen, aber Schätzungen gehen davon aus, dass rund 1.000 bis 2.000 Journalisten in den vergangenen Jahren Venezuela den Rücken gekehrt haben. Sie leben heute in Bogotá, Lima, Madrid, Rom, Paris oder Leipzig. Einige berichten weiter über die Ereignisse in ihrer Heimat, andere haben ihren Beruf aufgegeben.

Für die Flucht aus Venezuela gibt es viele Gründe: „Die meisten Journalisten können ihren Lebensunterhalt nicht mehr allein durch ihre Arbeit verdienen“, sagt Andrés Cañezales während des Telefoninterviews. Viele Venezolaner verdienen aufgrund der Wirtschaftskrise im Monat umgerechnet weniger als einen US-Dollar. Davon lässt sich auf einem Markt gerade einmal ein Säckchen Zwiebeln kaufen. Hinzu kommt der Kampf, den Nicolás Maduro seit Jahren gegen die „bourgeois Medien“ führt, wie er fast alle nennt, die nicht linientreu sind.

DER LANGSAME TOD DER MEDIEN

Schon sein Vorgänger im Präsidentenamt, Hugo Chávez, war kein Freund der freien Presse. Im Jahr 2004 verabschiedete er ein Gesetz, das den Medien bis heute Vorgaben macht, was sie zu berichten haben,



Daniel Lara
in Leipzig. Foto:
Achim Pohl

und was nicht. Aus Sicht der Chavisten steht diese Regelung im Zeichen der sozialen Verantwortung, Menschenrechtler nennen es ein „Knebelgesetz“. 2007 ließ Chávez trotz nationaler und internationaler Proteste den einst populärsten und letzten oppositionellen Fernsehkanal Venezuelas, Radio Caracas Television (RCTV), schließen. Reporter ohne Grenzen kritisierte den Schritt als „politischen Schachzug“ ohne Gleichen.

Mindestens 200 Medien sind so seit 2004 von der Bildfläche verschwunden. Sender verloren ihre Lizenzen, Zeitungen bekamen kein Papier mehr, weil das Monopol dafür beim Staat liegt. Die Nichtregierungsorganisation Instituto Prensa y Sociedad (IPYS) in Venezuela, die sich für Pressefreiheit einsetzt, geht davon aus, dass mittlerweile mehr als fünf Millionen Venezolaner in „Informationswüsten“ leben, in Regionen, in denen es keine oder nur noch ein bis zwei, selbstverständlich staatstreue Medien gibt.

Auch der Journalist Daniel Lara hat diesen ungleichen Kampf über die Jahre zu spüren bekommen. Sein Sender Radio Caracas Radio (RCR) gehört demselben Medienunternehmen an wie einst RCTV. Weil Daniel Lara die Korruption, die politisch motivierten Verhaftungen und die Folter im Land anprangerte, gab es immer wieder Aufrufe, ihn als Moderator aus dem Programm zu streichen. Sie nannten ihn einen „Verleumder“, einen „Terroristen“ und einen „Staatsfeind.“ →

Dabei kamen die Drohungen von mehreren Seiten: von der sozialistischen Regierung einerseits, aber auch von Teilen der Opposition, der Lara zwar selbst viele Jahre angehört hatte, der er aber später vorwarf, mit dem Regime zu konspirieren.

DER ANGRIFF

Aus den Drohungen wurde am 1. Oktober 2014 Realität. Zeugen haben gesehen, wie zwei Männer auf einem Motorrad auf Daniel Lara zufuhren. Einer hielt einen Baseballschläger aus Aluminium in der Hand. Er sprang ab und prügelte damit auf Daniel Laras Kopf ein. Der knallte mit dem Gesicht auf den Gehsteig und blieb dort ohnmächtig liegen. Die Täter flüchteten. „Aufgrund der Art und Weise, wie sich alles abspielte, der Ort, die Zeit, kann das unmöglich ein Zufall gewesen sein“, erzählt Daniel Lara, 40, der seit mehr als drei Jahren in Leipzig im politischen Exil lebt. Er trägt Jogginghose und sein dichter Vollbart überdeckt die Narbe über seiner Oberlippe.

Trotz einer Anzeige unternahm die venezolanische Polizei damals nichts. „In dem Moment habe ich gemerkt, wie schutzlos ich bin. Es war der Moment, in

dem ich über Selbstzensur nachgedacht habe“, sagt er. In Venezuela ist das Normalität. Täter werden in solchen Fällen fast nie ermittelt und schon gar nicht zur Rechenschaft gezogen. Einer Schätzung der Nichtregierungsorganisation InSight Crime zufolge, die sich der Erforschung des organisierten Verbrechens in Lateinamerika und der Karibik widmet, bleiben bis zu 98 Prozent aller Delikte und Menschenrechtsverletzungen in Venezuela straffrei. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beklagte erst kürzlich, die Regierung in Venezuela setze Justiz und Sicherheitskräfte als Waffen gegen das eigene Volk ein. Es herrsche „totale Straflosigkeit“.

Daniel Lara arbeitete trotzdem weiter, doch die Angst wurde sein ständiger Begleiter. „Man muss sich immer schneller bewegen als die Diktatur, man muss Risiken eingehen, mutig sein. Die meisten Journalisten halten das nicht lange durch“, sagt er.

„WIR ALLE HABEN ANGST, VIEL ANGST“

Mehr als 8.500 Kilometer von Leipzig entfernt sitzt Juan, 31, in Caracas. Er gehört zu einer neuen Generation junger Journalisten, die weiter kritisch berichtet.

Täglich gelangen zehntausende Migranten aus Venezuela über die Brücke „Puen-te Internacional Simon Bolivar“ nach Kolumbien.
Foto: Florian Kopp





Julian Limmer
interviewt Daniel
Lara in Leipzig.
Foto: Achim Pohl

Seinen echten Namen will er nicht gedruckt sehen, aus Angst vor der eigenen Regierung. Seit die Sozialisten im Dezember 2020 die Kontrolle über das Parlament zurückerobert konnten, würde seine Redaktion überwacht wie nie zuvor.

„Wir alle haben Angst, viel Angst“, erklärt er am Telefon. Seine Informanten, seine Kollegen und er selbst. Ständig setzen sie sich Gefahren aus: jedes Mal, wenn sie die Schlangen von Venezolanern fotografieren, die über Stunden für einen Kanister Benzin anstehen, jedes Mal, wenn sie von den Protesten berichten, bei denen Sicherheitskräfte und paramilitärische Gruppen die Demonstranten niederprügeln. Manchmal zwingen Polizisten Journalisten, ihre Audiomitschnitte, Fotos oder Filme zu löschen, manchmal nehmen sie ihnen einfach das Equipment ab. Wer sich wehrt, riskiert Prügel und Verhaftung.

Das Instituto de Prensa y Sociedad Venezuela (IPYS) zählt allein zwischen Juli und Dezember des vergangenen Jahres 54 Journalisten, die eingeschüchtert oder körperlich angegriffen wurden. Die Attacken reichen von Schlägen und Entführungen bis zu Tötungsversuchen. Zwei Journalisten wurden im Jahr 2020 erschossen – einer der beiden von venezolanischen Spezialeinheiten, die das Studio stürmten.

Die Journalistenorganisation Colegio Nacional de Periodistas (CNP) registrierte im Jahr 2020 zudem 61 Verhaftungen von Journalisten ohne ersichtlichen Anlass – manchmal kommen Pressevertreter nach Stunden frei, manchmal erst nach Tagen oder Wochen. Andere sitzen für Monate ein. „Diese Aggression gegen Journalisten und Medien ist nicht zufällig, sie ist Teil einer staatlichen Politik, die darauf abzielt, zu zensieren, einzuschüchtern und Meinung zu kriminalisieren“, erklärt Edgar Cardenas, der Generalsekretär des CNP, in einem Telefoninterview. „Journalisten werden beschuldigt, Terroristen zu sein, die zum Hass aufstacheln. Und die Polizei ist zu den Henkern der journalistischen Arbeit geworden“, sagt er. Experten gehen davon aus, dass mehr als die Hälfte aller Attacken gegen Pressevertreter von Polizisten, Teilen der Nationalgarde, anderen Spezialeinheiten oder dem Geheimdienst ausgeht.

Vor Jahren hat die Polizei auch Juan einmal abgeholt, als er gerade eine Sendung aufnahm. „Sie setzten mich in den Streifenwagen, fuhren mit mir durch die Gegend und schlugen mich mit den Griffen ihrer Pistole.“ Sie drohten ihm damit, ihn an der nächsten Straßenecke umzubringen. Juan sagt: „Mehr Angst als vor dem Gefängnis oder dem Tod habe ich davor, gefoltert zu werden.“ →

Edgar Cardenas bestätigt, dass folterähnliche Methoden eingesetzt würden, um kritische Journalisten einzuschüchtern und mundtot zu machen: „Kollegen berichten immer wieder über Nahrungsentzug, Gefangenschaft, Schläge, Beleidigungen und psychische Misshandlungen.“ Auch die Vereinten Nationen werfen dem venezolanischen Staat vor, Menschenrechtsverletzungen zu begehen. Venezuelas Außenminister Jorge Alberto Arreaza wies die Vorwürfe zurück. Er erklärte, der UN-Menschenrechtsbericht strotze vor „Falschdarstellungen“ und die Vereinten Nationen seien von Washington gesteuert.

teste in Venezuela. Allein zwischen April und August starben dabei mindestens 129 Personen. Die neu einberufene verfassungsgebende Versammlung, mit der Maduro versuchte, das von der Opposition dominierte Parlament zu umgehen, verabschiedete im selben Jahr ein „Gesetz gegen den Hass“ (Ley Constitucional contra el Odio) Es verspricht, „Frieden, Vielfalt und Toleranz“ zu fördern und „Sprache zu kriminalisieren, die Hass, Gewalt und Diskriminierung“ verbreitet. Edgar Cardenas vom Colegio Nacional de Periodistas sieht das anders: „Es versucht, Meinung zu kriminalisieren. Jede Meinung, die sich gegen die Regierung auslegen



Viele venezolanische Flüchtlinge schlafen in Kolumbien auf der Straße. Foto: Florian Kopp

Juan will trotz allem weitermachen. Jetzt in der schweren Krise brauche es einen kritischen Journalismus, um das Land von den Fesseln der Diktatur zu befreien. Über die Jahre hätten er und seine Kollegen gelernt, mit der Angst zu leben. Zu Demonstrationen gehen sie nicht mehr allein, um Gefahren besser im Blick zu behalten. Texte erscheinen oft nur noch anonymisiert, um die Autoren zu schützen. Wie lange das noch gut geht, weiß er nicht: „Ich habe meine Papiere immer parat, denn es kann jederzeit sein, dass ich plötzlich das Land verlassen muss.“

PROZESSE GEGEN MEDIEN

Vor mehr als drei Jahren wurde Daniel Lara der Druck zu groß. 2017 war das Jahr der bisher schwersten Pro-

lässt, kann sanktioniert werden.“ Im schlimmsten Fall drohen bis zu 20 Jahre Gefängnis. Die venezolanische Regierung hat das Gesetz seit 2018 laut IPYS bereits gegen 153 Personen angewendet.

Am 20. Oktober 2017 eröffnete das Ministerium für Kommunikation einen Prozess gegen Daniel Lara Radiosender. Er habe „Hass und Intoleranz aus politischen Gründen“ verbreitet. Lara selbst wurde in der Anklageschrift insgesamt 21 mal mit Ausschnitten aus seiner Sendung zitiert – mit Sätzen wie: Die Regierung lasse „politische Gefangene im Gefängnis sterben“, die Verhafteten würden ihr als „Geiseln“ dienen, um die Opposition zu erpressen. Das Regime nannte er einen „Narco-Staat“, in dem politische Institutionen in den illegalen Drogenhandel verstrickt seien. Mit der



Daniel Lara
in seinem
improvisierten
Studio. Foto:
Achim Pohl

Anklage kam die Angst, dass das neue „Gesetz gegen den Hass“ auch ihn treffen könnte: „Ich fühlte mich nirgends mehr sicher, nicht im Sender, nicht zu Hause bei meinen Eltern. Ich dachte, sie würden einen Prozess gegen mich eröffnen oder mich einsperren.“

Als Daniel Lara im Oktober 2017 sein Haus im Küstenstädtchen Maiquetía verließ, realisierte er, dass ein weißer Geländewagen, wie die Militärs ihn fahren, ohne Nummernschild auf ihn zurollte. Der Fahrer drückte aufs Gas, Daniel Lara lief. „Passanten schrien, sie wollen dich töten, sie wollen dich überfahren!“, erzählt er heute. Im Anschluss tauchte Daniel Lara in verschiedenen Hotels in Caracas unter. In sein Haus, in dem er mit seinen Eltern lebte, kehrte er nur noch

einmal zurück, um seine Sachen zu holen. Als er eine Woche später zu einem Kurs für Journalisten nach Israel aufbrach, sagte er seinen Eltern nicht, dass er nicht mehr zurückkehren würde. Von Israel aus floh er nach Deutschland.

DAS EXIL

In Deutschland fühle er sich frei, erzählt er. Doch für diese Freiheit musste er viel zurücklassen. Er blickt nach oben in den fast wolkenlosen Himmel über Leipzig, dann kneift er die Augen zusammen: „Klar, es gibt Momente, in denen man denkt, wahrscheinlich rufen sie mich eines Tages an und sagen mir, dass meine Eltern gestorben sind – ohne, dass ich sie noch einmal sehen konnte.“ Zurück kann er nicht. In seiner Heimat geht die Hetze gegen ihn weiter, noch immer erhält er Drohungen. Er sei langsam müde, immer über die Politik in Venezuela zu sprechen, immer dieselben Dinge zu kritisieren. Doch damit aufhören kann er auch nicht.

Am Abend sitzt er wie jeden Freitag in seinem kleinen Schlafzimmer in einer ostdeutschen Reihensiedlung, 8.735 Kilometer von Caracas entfernt. In der einen Ecke sein schmales Bett, in der Mitte des Raums sein ovaler Schreibtisch. Wie jeden Freitag knippt er die Studioscheinwerfer an, schenkt sich ein Glas Rioja ein, setzt sich in seinen Bürostuhl und rückt das Mikrofon zurecht. Ein kurzer Jingle, dann geht er für Radio Caracas Radio auf Sendung. ←



Ist Venezuela noch zu retten?

Interview zur politischen Lage

Reiner Wilhelm ist Referent für Mexiko und Venezuela beim Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat. Im Interview mit Julian Limmer erklärt er, warum es für die politische und humanitäre Krise in Venezuela keine einfachen Lösungen gibt und welche Rolle die katholische Kirche dabei spielen kann, die verfeindeten Parteien wieder zum Dialog zu bewegen.



Reiner Wilhelm,
Adveniat-
Referent für
Mexiko und
Venezuela.
Foto: Martin
Steffen

Seit kurzem kontrollieren Präsident Nicolás Maduro und seine Verbündeten wieder das Parlament in Venezuela. Die Opposition ist geschwächt. Ist Maduro damit einen weiteren Schritt in Richtung eines totalitären Staates gegangen?

De facto haben wir das ja schon, denn die Menschen stimmen nur noch mit den Füßen ab – sie verlassen das Land. Ich rechne damit, dass das in diesem Jahr weitere zwei Millionen Menschen tun werden. Rund 5,4 Millionen Venezolaner sind bereits geflohen. Viele sehen einfach keine Zukunft mehr. Darunter sind auch Menschenrechtler und Regimekritiker. Das macht den Widerstand im Land natürlich schwierig.

Welche Rolle spielt die Opposition in Venezuela noch?

In Venezuela gibt es zwei Gruppen innerhalb der Opposition. Die einen sitzen im neugewählten Parlament, sind aber gleichgeschaltet. Das heißt, das Oberste Verfassungsgericht hat diese Parteien vor den Wahlen „entkernt“. Man hat einfach die Führungsposten einiger Oppositionsparteien mit Leuten besetzt, die dem Regime nahestehen. Der andere Teil

besteht aus den Parlamentariern des alten Parlaments unter der Leitung von Juan Guaidó. Diese Gruppe hat gar nicht an den Parlamentswahlen teilgenommen. Das große Problem dieser Gruppe ist: Viele der Akteure konzentrieren sich hauptsächlich darauf, die eigene Macht zu wahren. Zudem sind sie zerstritten. Es fehlt ihnen an einem gemeinsamen Konzept und Programm. Solange diese Opposition nicht am Gemeinwohl interessiert ist, wird es schwierig.

Wer könnte überhaupt noch zu einem Wandel in Venezuela beitragen?

Auf der einen Seite ist das die Zivilgesellschaft, die außerparlamentarisch organisiert ist. Also Menschenrechtsgruppen, die jedoch stark unter Druck stehen. Auf der anderen Seite gibt es noch die katholische Kirche, die sich weiterhin kritisch äußert. Maduro versucht aber, auch die Kirche zu spalten. Die Regierung stellt es so dar, als seien Priester und Bischöfe zerstritten. Das stimmt jedoch nicht.

Welche Rolle spielt denn die Kirche in Venezuela?

Zum einen ruft sie zu einem Dialog und zu freien Wahlen auf. Zum anderen versucht sie, die Regierung dazu zu bewegen, Verträge und Abmachungen einzuhalten. Die Kirche setzt sich z.B. dafür ein, dass humanitäre Hilfe wie Lebensmittel oder Medikamente in das Land kommt, und leistet selbst Hilfe in diesem Bereich. Denn Maduro weigert sich, die Versorgungskrise einzugestehen. Außerdem versucht die Kirche zu vermitteln. Bei den Protesten gegen die Regierung wurde immer wieder regelrecht Jagd auf politische Gegner gemacht. Viele kamen ins Gefängnis. Die Kirche hat sich dafür stark gemacht, dass sie freigelassen werden. Maduro hat das zugesagt, allerdings hat er nicht Wort gehalten.

Was müsste passieren, um Maduro zu Zugeständnissen zu bewegen?

Ein wichtiger Schritt wäre, den Einfluss auf Venezuela von außen zu unterbinden. Das ist eine Aufgabe, die international gelöst werden muss. Russland, China, Kuba und der Iran sind immer noch enge Verbündete von Maduro. Im Gegenzug hat die Interventionsandrohung der USA auch nicht wirklich geholfen. Die Venezolaner müssen wieder selbst unabhängig handeln können. Nur so kann der Dialog gelingen.

Adveniat-Projekt – Damit auch kritische Stimmen gehört werden

Adveniat unterstützt in Venezuela das von den Jesuiten getragene Radionetzwerk „Fe y Alegría“ – das einzige, das nicht staatlich kontrolliert wird. Täglich werden fünf aktuelle Sendungen mit Nachrichten, Analysen und Diskussionen zur politischen und sozialen Lage in Venezuela produziert, die über 24 Sendestationen in fast allen Bundesstaaten zu empfangen sind.

Eigenen Angaben zufolge erreichen die Programme zwischen 10 und 20 Prozent der venezolanischen Bevölkerung. Für die Venezolaner ist es das einzige Hörfunkprogramm, das sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Themen befasst, Menschenrechtsverletzungen klar benennt und sich offen für demokratische Meinungsvielfalt und einen Dialog zwischen den verfeindeten Parteien im Land einsetzt. Zwar gab es bereits Einschüchterungsversuche und Angriffe auf Mitarbeiter, doch bislang scheint sich die Regierung zu scheuen, ein kirchliches Medium zu schließen.

Schwierigkeiten bereitet dem Radionetzwerk die anhaltende Personalfucht – die Beschäftigten können sich und ihre Familien mit einem Monatsgehalt von umgerechnet knapp neun Euro nicht ernähren. Da der Venezolanische Verein für katholische Erziehung jedoch derzeit nicht in der Lage ist, mehr zu zahlen, übernimmt Adveniat die Kosten für einen monatli-

chen Gehaltszuschuss zwischen 75 und 150 US-Dollar pro Mitarbeiter. Darüber hinaus finanziert Adveniat dringend notwendige Reparaturen und Wartungsarbeiten am technischen Equipment.

¡Muchas gracias!

Wenn Sie Adveniat dabei helfen möchten, Demokratie und Meinungsvielfalt in Venezuela zu fördern, dann füllen Sie bitte die Einzugsermächtigung auf der letzten Heftseite aus (Stichwort: Venezuela), oder überweisen Sie Ihre Spende direkt auf das Adveniat-Konto bei der Bank im Bistum Essen: IBAN DE03 3606 0295 0000 0173 45, BIC GENODED1BBE.

Eine Mitarbeiterin des kirchlichen Radionetzwerkes Fe y Alegría (IRFA) spricht in die Kamera. Foto: IRFA



Wertvoller Müll

RECYCLINGFIRMA AUS HONDURAS IST VORREITER IM UMWELTSCHUTZ

TEXT: KNUT HENKEL, FOTOS: MARKUS DORFMÜLLER

Von über 14.000 Kleinlieferanten bezieht Invema, das größte Recyclingunternehmen Mittelamerikas mit Sitz in der honduranischen Stadt San Pedro Sula, Wertstoffe aus der ganzen Region. PET-Flaschen werden hier gewaschen, geschreddert und u.a. zu Folien und Behältern verarbeitet. Vor allem die Produktion von Schutzvisieren, sogenannten Face Shields, hat während der Coronapandemie die mehr als 440 Arbeitsplätze gerettet.



Ignacio Bautiza liefert gesammelte Wertstoffe an.

Das Schild mit dem geschwungenen Schriftzug „Invema“ steht gleich gegenüber des Werkstors, wo die Pick-ups Schlange stehen. So wie jeden Morgen, wenn Angela Fajardo mit ihrem Team die Arbeit aufnimmt. Dann schicken sie die Fahrer zu den unterschiedlichen Entladestationen auf dem Werksgelände und nehmen sie später zur Bezahlung der abgeladenen Rohstoffe wieder in Empfang. „Wir haben rund 14.000 Lieferanten in der Kartei, rund 10.000 liefern regelmäßig und verdienen durch das Sammeln und Sortieren von Wertstoffen ihren Lebensunterhalt“, so die 31-jährige Kauffrau. Sie leitet seit mehr als drei Jahren die Abteilung für An- und Verkauf des größten mittelamerikanischen Recyclingunternehmens.

Plastik, vor allem PET-Flaschen, sowie Papier und Pappe, aber auch Altmetalle, Alu-Dosen und Batterien werden bei Invema angenommen und nach Gewicht bezahlt. Mehrere Meter hoch, mit Seilen gesichert, sind die prall gefüllten Säcke mit Dosen

und PET-Flaschen auf den kleinen und großen Lastwagen gestapelt. Dazwischen lugen dicke Lagen von Pappe hervor, darunter oft Altmetalle – vom Auspuff bis zur Stahlplatte. Oft sind es ganze Familien, die sammeln und sortieren, oder Wertstoffe von anderen ankaufen, um sie dann im Industriegebiet von San Pedro Sula abzuliefern.

Auf dem Firmengelände mit Freiflächen und Containern für die Anlieferung stehen ein halbes Dutzend Hallen sowie mehrere Gebäude für die Verwaltung und die Weiterverarbeitung. „445 Mitarbeiter haben wir derzeit und wir sind ständig auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern“, erklärt George Gatlin. Der stämmige Mann mit der penibel rasierten Glatze versprüht Optimismus. Er ist Firmengründer, Generaldirektor und innovatives Schwungrad in Personalunion.

Freundlich winkt der 47-jährige Sohn eines US-Amerikaners, der in Honduras aufwuchs, mehreren



der Lieferanten zu, die vor dem Büro von Angela Fajardo auf ihren Scheck warten. Einige kennt er seit der Gründung von Invema. Gerade zwanzig Jahre jung war er, als ihn ein Kommilitone auf die glänzenden Perspektiven der Recyclingbranche aufmerksam machte. „Für mich war das der entscheidende Tipp. Mein Vater hatte damals sein Holzhandelsunternehmen verkauft. Ich musste mir etwas einfallen lassen“, erinnert sich Gatlin an den Start im April 1994. Mit einem LKW, einer Alu-Pressen und zwei, drei Angestellten tingelte er damals über die Dörfer im Hinterland von San Pedro Sula und forderte die Leute auf, Alu-Dosen zu sammeln. „Zwei Lempira boten wir für jedes Pfund“, erinnert sich Gatlin lachend.



George Gatlin,
Gründer der
Recycling-Firma
Invema.

„Die Leute hielten uns für komplett verrückt. Wer zahlt schon für Müll?, hieß es.“ Erst als Gatlin wiederkam und sein Angebot erneuerte, begannen die ersten, Dosen zu sammeln. Seitdem ist Invema stetig gewachsen und zahlt seinen Lieferanten gute Preise für Aluminium, Buntmetall, aber auch Plastik und Papier. 10,5 Lempiras, umgerechnet rund 30 Euro-Cent, pro Pfund Aluminium sind es heute – und jeden Monat gehen rund 500 Container mit Wertstoffen in die USA, aber auch nach Asien.

Links:
Auch Altmetalle
wie Aluminium
und Stahl werden
bei Invema
recycelt.

In Mittelamerika ist Invema zum regionalen Player geworden. Der Gedanke, dass Müll auch ein wertvoller Rohstoff ist, hat sich längst durchgesetzt, so Gatlin. „Recycling ist eine Jobmaschine. Das Sammeln und Trennen von →

Müll bietet vielen Tausend Menschen in Honduras und den Nachbarländern ein Auskommen.“ Hier gehe es nicht, wie in Europa oder den USA, allein um den Schutz der Umwelt, um nachhaltigere Nutzung der Ressourcen, sondern um den täglichen Broterwerb, schildert Gatlin seine Erfahrungen aus nunmehr 26 Jahren im Recyclingsektor und weist dann den Weg über den Hof zu den Sammelstellen und den Produktionshallen. Honduras könne sich zur Recyclingdreh-

Unten:
Zuerst wird
das Altplastik
geschreddert,
bevor daraus
Neues
entsteht.



Rechts:
Invema ver-
arbeitet
PET-Flaschen
zu Folie und
Verpackungen.

scheibe der Region entwickeln, ist sich Gatlin sicher, und so Jobs genießen, um die Abwanderung nach Norden in Richtung USA zu bremsen.

Dafür wünscht er sich Quoten für Altplastik, das in neuen Plastikprodukten enthalten sein muss. „Zehn, zwanzig Prozent, so wie in Frankreich“. Doch das ist Zukunftsmusik, weiß Gatlin, der von den Lieferanten geschätzt wird. Einer von ihnen ist Ignacio Bautiza, der gerade PET-Flaschen von seinem verwitterten braunen Pickup abgeladen hat. „Hier sind die Preise und der Umgang mit uns fair. Es gibt keine Preisunterschiede zwischen großen und kleinen Lieferanten, das ist nicht überall so“, erklärt er auf Nachfrage. Um die 10.000 Lempiras im Monat verdient er durch das Sammeln von Wertstoffen, das sind umgerechnet rund 340 Euro. Das reicht mehr oder minder, um seine Familie über die Runden zu bringen, meint der 60-jährige.



Während der Coronapandemie durfte das Unternehmen weiterarbeiten, weil Gatlin und sein Team auf die Idee gekommen waren, sogenannte Face Shields zu produzieren. Im März 2020 spendete das Unternehmen Tausende dieser Visiere an Krankenhäuser und soziale Einrichtungen und erhielt schließlich auch staatliche Aufträge. „Das hielt uns über Wasser, wir mussten nur wenige Menschen entlassen“, erinnert sich Gatlin. Derzeit produziert Invema wieder mit voller Auslastung, denn die Rohstoffpreise für Aluminium, Buntmetalle aber auch Plastik haben wieder angezogen.

bereits in die Firma eingestiegen ist und zum Innovationsteam um den Vater gehört. Stetig wird nach neuen Potentialen Ausschau gehalten und die Vision irgendwann Aluminium oder Stahl vor Ort zu recyceln, wird genauso durchkalkuliert wie der Bau eines eigenen Windrades. „Im Verlauf der letzten vier, fünf Jahre hat Invema bereits die Dächer seiner Fabrikhallen mit über 5000 Solarpanels ausgestattet. Die Energiekosten konnten damit um ein Drittel gesenkt werden“, erklärt Gatlin stolz. Wenn die Investitionen refinanzierbar sind, warum nicht?, lautet die Devise bei Invema.



Links: Mitarbeiterin bei Invema in der Abteilung für Ankauf und Kontrolle von Altmetall.

Transparente Folie läuft in einer Produktionshalle auf eine Rolle, daneben werden Verpackungen hergestellt – dank deutscher und österreichischer Technologie. „Wir können hier unterschiedliche Plastiksarten und auch die Etiketten separieren und produzieren Neuplastik aus recyceltem Material, das für die Lebensmittelverpackung zertifiziert ist“, erklärt Gatlin und taucht beide Arme in einen Sack mit geschredderten Plastikflocken, aus denen u.a. Behälter für Salat und Obst produziert werden.

Zu gerne hätte Gatlin auch recycelte PET-Flaschen an Coca-Cola geliefert, aber das Geschäft kam in letzter Minute nicht zustande, weil die Produktion von Flaschen aus Neuplastik günstiger war als die aus recyceltem Material. Das muss sich zukünftig ändern, hofft Gatlin, der sich sicher ist, dass auch in Süd- und Mittelamerika früher oder später gesetzliche Vorgaben kommen, die den Unternehmen vorschreiben, einen bestimmten Anteil an recyceltem Plastik zu verwenden. „Das würde nicht nur uns hier in San Pedro Sula helfen, sondern der Branche rund um den Globus“, prophezeit der Recyclingpionier, dessen ältester Sohn Andrew

Invema zahlt seinen Mitarbeitern faire Löhne. Das Einstiegsgehalt liege, so Minar Pérez, Mitarbeiter in einer der Hallen, in denen Altplastik geschreddert wird, bei umgerechnet 400 US-Dollar. Das ist etwa ein Drittel mehr als der staatliche Mindestlohn. Das sei attraktiv, doch in den Hallen, in denen qualifizierte Arbeit geleistet werde, seien die Löhne weitaus höher, erzählt Pérez. Laut Gatlin ist dies eine ganz bewusste Entscheidung, denn für ihn sind motivierte Angestellte der Weg zum Erfolg. „Wir bieten nicht nur höhere Löhne, sondern auch Englischkurse und demnächst wird es auch einen eigenen Kindergarten geben“, sagt Gatlin, der Ende November aus Guatemala zurückgekommen ist und da ein neues Geschäft anbahnen will. Diesmal mit einer Umweltorganisation, die Plastikmüll aus mehreren Flüssen im Grenzgebiet zu Honduras fischen will. Der könnte dann bei Invema recycelt werden, so die Idee. Doch die ist noch nicht spruchreif und deshalb hält sich George Gatlin heute noch bedeckt. Im Frühjahr rechnet er mit endgültigen Entscheidungen und hofft dann auf positive Schlagzeilen.

Nach den Stürmen

WIE GEHT ES DEN MENSCHEN IN HONDURAS DREI MONATE NACH DER KATASTROPHE?

TEXT: JULIAN LIMMER

Als die Hurrikane Eta und Iota im November 2020 über Honduras hinwegfegten, verloren tausende Menschen fast alles, was sie hatten: ihre Häuser, ihre Felder, ihre Perspektiven.

Viele waren noch in Feierlaune, als die ersten Sturmwarnungen Honduras erreichten. Die Semana Morazánica stand bevor – eine Festwoche, in der die Honduraner die Arbeit niederlegen, an die Karibikstrände fahren und Familie und Freunde treffen. Nach der monatelangen Ausgangssperre, die wegen der Coronapandemie verhängt worden war, plante die Regierung, die strikten Regeln für einige Tage aufzuheben. Doch dann kam Eta.

Carlos Paz, 60, Direktor der Caritas in San Pedro Sula, einer, der am stärksten betroffenen Regionen in Honduras, versuchte mit seinem Team, die Menschen dazu zu bewegen, sich in Sicherheit zu bringen. Oft jedoch blieben die Warnungen vergeblich. „Sogar als es anfang zu regnen, wollten viele ihre Häuser nicht verlassen“, erzählt er am Telefon. Die Menschen hofften, dass sich der Hurrikan abmildern und sie verschonen würde.

Überschwemmungen nach den Stürmen in der Region San Pedro Sula, Honduras.
Foto: Caritas Honduras



Am 3. November 2020 traf Eta auf das honduranische Festland, mit Starkregen und Windstärken bis zu 275 km/h. Flüsse traten über ihre Ufer, eine braune Masse flutete Wiesen und Felder, riss Brücken und Häuser ein. Straßen wurden zu reißenden Strömen, ganze Stadtteile zu Seen. Ein Foto zeigt einen Mann,

der ein kleines Mädchen mit ausgerecktem Arm nach oben über die Wassermassen stemmt, während die strömende Flut ihm bis zum Hals reicht – im Hintergrund eine Frau, die sich an einem Baum festklammert. Hunderte Menschen suchten auf den verbeulten Wellblechdächern ihrer Häuser Schutz oder kletterten auf Bäume, um Stunden oder Tage darauf zu warten, gerettet zu werden.



„Die Regierung und die Menschen waren überhaupt nicht darauf vorbereitet“, erinnert sich Carlos Paz. In seiner Region gab es nur drei Rettungsboote, zwei davon mit kaputtem Motor. Paz' Nichte und viele andere schipperten in völlig überladenen Booten durch überschwemmte Siedlungen, um ihre Landsleute vor dem Ertrinken zu retten. Erst später rückte die Regierung mit Helikoptern aus, um die Menschen zu evakuieren. Nur 13 Tage nach der ersten Katastrophe zog bereits der nächste Hurrikan Richtung Honduras. „Hurrikan Iota hat auch noch das wenige, was heil geblieben war, komplett zerstört“, sagt Carlos Paz.

Insgesamt verloren in beiden Stürmen 189 Menschen ihr Leben, 91 davon in Honduras. Rund 35.000 Gebäude wurden beschädigt, viele davon komplett zerstört. Paz erzählt, dass die Flut und der Wind nicht nur die Kleider, Möbel und Häuser der Menschen mitgerissen hat, sondern auch ihre Erinnerungen: „Oft sind es die kleinen Dinge, wegen der die Leute hier am meisten

weinen. Eine ältere Frau hat während des Sturms das Foto ihres verstorbenen Ehemanns verloren.“ Die vielen Jahre, fast ein ganzes Leben, einfach weggespült.

UNERWÜNSCHT IN DEN UNTERKÜNFEN

Mehr als 175.000 Menschen mussten in Notunterkünften, etwa in umfunktionierten Klassenzimmern, untergebracht werden. Die Regierung warnte davor, dass sich in den Unterkünften das Coronavirus stark verbreiten könnte, und versprach, Ärzte und Hygienemittel zu schicken. Allein in der Region San Pedro Sula fehlte es laut Weltgesundheitsorganisation 500.000 Menschen an ausreichender medizinischer Versorgung. Eigentlich waren diese Notunterkünfte nur als Kurzzeitlösung gedacht, erklärt Paz. Doch auch noch Monate nach der Katastrophe schlafen hier Hunderte von Honduranern.

Eine Frau aus einer Unterkunft in Villanueva, einer kleinen Stadt in der Nähe von San Pedro Sula, berichtete der Caritas: „Ich weiß nicht, wo ich mit meiner Familie hin soll. Ich kann mit meinen Kindern nicht am Straßenrand schlafen. Aber wir spüren, dass sie uns hier nicht mehr haben wollen.“ Der Druck wächst, viele Menschen fühlen sich in den Unterkünften nicht mehr erwünscht. Einige kämen bei Verwandten unter, sagt Carlos Paz, andere mieteten sich Zimmer. Doch vor allem für die Ärmsten bleibt manchmal nur die



Straße als letzte Möglichkeit: Aus Eisenstangen und Plastikplanen bauen sie improvisierte Zelte, übernachten auf Grünstreifen, Bürgersteigen oder unter Brücken.

In einem Land, in dem laut Weltbank knapp die Hälfte der Menschen unter der Armutsgrenze lebt, haben die Hurrikane vielen Menschen die letzte Hoffnung auf eine bessere Zukunft genommen. Inés Klissenbauer, Mittelamerika-Referentin des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat, sagt: „Die Landwirtschaft in Honduras ist bis zu 80 Prozent zerstört worden. Das hat schlimme Auswirkungen – auch für dieses Jahr.“ Adveniat hat deshalb der Diözese San Pedro Sula 40.000 Euro Nothilfe zur Verfügung gestellt, um die am meisten betroffenen Familien mit Lebensmitteln, Medikamenten und Hygieneartikeln zu versorgen und Wiederaufbauhilfe zu leisten.

Präsident Juan Orlando Hernández teilte mit, dass die Wirtschaft in Honduras im vergangenen Jahr aufgrund der Pandemie und der Hurrikane um zehn Prozent eingebrochen sei. Er kündigte einen sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau an, eine nachhaltige Transformation. Inés Klissenbauer glaubt nicht daran: „Der Unmut über die Regierung ist fortwährend, aber auch ihre Unfähigkeit, eine solche Krise zu managen. Zuerst hatte sie nicht vor den Hurrikanen gewarnt, jetzt gibt es Vorwürfe, dass der staatliche Katastrophenschutz Hilfgelder veruntreut habe.“

Die Not und das mangelnde Vertrauen in die Regierung zeigen sich auch im jüngsten Flüchtlingsmarsch Anfang 2021. Rund 9.000 Honduraner waren Richtung Norden aufgebrochen, um dem Land und seinen Problemen den Rücken zu kehren, von denen die meisten, auch mit Gewalt der Behörden, inzwischen in ihr Land zurückgeführt wurden. Doch das sei nur der sichtbare Teil der Migration, meint Inés Klissenbauer. „Man schätzt, dass täglich rund 150 bis 200 Honduraner das Land verlassen“, so die Adveniat-Expertin für Mittelamerika, „jetzt, nach dem Machtwechsel in den USA, hoffen viele Honduraner, dass sich die Grenzen für sie öffnen werden. Sie suchen ein besseres Leben und sie fliehen vor Not und der Gewalt, die täglich bis zu zehn Menschenleben fordert.“

Carlos Paz versucht, seine Landsleute davon zu überzeugen, zu bleiben, um gemeinsam an einer besseren Zukunft zu arbeiten – trotz aller Widrigkeiten.

Mitglieder der Garifuna-Gemeinde in Rivera Hernández de San Pedro Sula freuen sich über die Adveniat-Nothilfe.

Protestkultur in Lateinamerika

EIN BLICK NACH ARGENTINIEN, MEXIKO, KOLUMBIEN, CHILE UND BRASILIEN

TEXT: OLE SCHULZ

Grüne Halstücher, kämpferische Raps und sanfte Töne: Bei Demonstrationen und Protesten in Mittel- und Lateinamerika spielen Symbole, Parolen und Protestsongs eine wichtige Rolle.

Als das Ergebnis am frühen Morgen verkündet wird, bricht vor dem Kongressgebäude in Buenos Aires Jubel aus: Tausende Frauen recken grüne Halstücher in die Luft. „Es ley!“ – „Es ist Gesetz!“ Dass der argentinische Senat am 30. Dezember Schwangerschaftsabbrüche bis zur 14. Woche legalisierte, bedeutet eine historische Zäsur. Jahrzehntlang haben hier Frauen um das Recht auf Selbstbestimmung gekämpft. Hunderttausende sind dafür 2020 in Argentinien mit grünen Halstüchern auf die Straße gegangen. Pañuelazo, auf Deutsch in etwa „Halstuchbewegung“, wurden ihre Proteste daher genannt. Der Erfolg der Frauenbewegung Argentiniens könnte Signalwirkung für die Gesetzgebung in weiteren Ländern des Kontinents haben.



Rechts: Rapper Emicida. Foto: Wendy Andrade

Widerstand gegen Machismo und Rassismus, Ungleichheit und Polizeigewalt: In Mittel- und Lateinamerika brodelt es schon länger – auch während der Pandemie kam es 2020 zu öffentlichen, oft von Frauen getragenen Protesten. In Zeiten von Social Media spielen dabei Symbole und Parolen und Protestlieder eine entscheidende Rolle.

Zum Internationalen Frauentag am 8. März etwa sangen tausende Frauen auf dem Zócalo, dem zentralen Platz in Mexiko-Stadt, den von der mexikanischen Sängerin Vivir Quintana komponierten Song *Canción sin miedo* (*Lied ohne Angst*), der sich gegen brutale Frauenmorde richtet. In Mexiko wird alle zweieinhalb Stunden eine Frau getötet, in Argentinien wird alle 31 Stunden eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner umgebracht. Unter dem Schlagwort #25N war der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November der Höhepunkt der Frauenproteste: Von Mexiko bis Chile wurde gegen genderbasierte Gewalt demonstriert, die während der Pandemie weiter zugenommen hat. Keimzelle der jungen, sich über den Kontinent ausbreitenden feministischen Bewegung ist ein Frauenkollektiv in Argentinien, das erstmals 2015 mit dem Slogan *Ni Una Menos* (*Nicht eine weniger*) in die Öffentlichkeit getreten war.

In Kolumbien lag 2020 der Fokus von Protesten und Demonstrationen auf Polizeigewalt und staatlicher Repression, die mehrere Tote auf Seiten der Demonstranten forderten. Tausende Indigene aus der Krisenregion Cauca starteten im Oktober einen Protestmarsch nach Bogotá, um gegen die eskalierende Gewalt in ihrer Heimat zu demonstrieren. Auch dieser Protest wurde musikalisch aufgegriffen: Unterstützt vom Rapper Ali Aka Mind, der Sängerin Andrea Echeverri und dem Rock-Musiker Amós Piñeros gelang einer indigenen Selbstverteidigungsgruppe aus der Region Cauca mit der *Himno de la Guardia Indígena* ein überraschender Hit in den sozialen Medien – mit einem Lied, das zur Einheit der indigenen Völker Lateinamerikas aufruft.

In Brasilien ließen sich Musiker von der „Black Lives Matter“-Bewegung in den USA inspirieren: Edi Rock von den Hip-Hop-Altmeistern Racionais MC's veröffentlichte in Gedenken an einen von der Polizei erschossenen Jungen den Song *Vidas negras importam* (*Schwarze Leben zählen*). Und Rapper Emicida ließ seinem zu Jahresbeginn erschienenen Album *AmarElo* im Dezember die Konzert-Doku *AmarElo é tudo pra ontem* folgen, in der er mit viel historischem Bildmaterial vom Beitrag der Schwarzen zur Etablierung der Kulturnation Brasiliens erzählt – eingebettet in ein Konzert im Theatro Municipal São Paulos. Es ist ein bewusst gewählter Ort: Ein früher der weißen Elite vorbehaltener Konzertsaal wird jetzt von Schwarzen erobert.

Wohl nirgendwo auf dem Kontinent ist die Hoffnung auf Veränderungen so groß wie in Chile, nachdem dort 2019 nach Fahrpreiserhöhungen für öffentliche Verkehrsmittel eine von Solidarität getragene Protestwelle ungeahnten Ausmaßes anrollte. Im Netz kursierten YouTube-Videos von den Menschen, die sich Ende 2019 in Santiago de Chile täglich trafen, um gemeinsam Víctor Jaras *El derecho de vivir en paz* (*Das Recht, in Frieden zu leben*) anzustimmen, die Widerstandshymne aus Zeiten der Pinochet-Diktatur. Im Referendum vom Oktober 2020 votierte schließlich eine deutliche Mehrheit der Chileninnen und Chilenen für eine Verfassungsreform – ein großer Erfolg für die Demokratie.



Weltweit bekannt wurden die Proteste in Chile aber durch eine eigentümliche Choreografie: *Un violador en tu camino* (*Ein Vergewaltiger auf deinem Weg*) des Künstlerinnen-Kollektivs Las Tesis verbreitete sich in Windeseile im ganzen Land – und wurde von Frauen außerhalb Chiles aufgenommen und nachgeahmt. Zentral ist dabei die explizite Anklage gegen die Urheber der Gewalt: „Das Patriarchat ist ein Richter, der uns verurteilt ... Unsere Strafe ist die Gewalt, die du nicht siehst ... Der Vergewaltiger bist du ... Die Richter. Der Staat. Der Präsident.“



Kreativ sind auch die Protestformen und Slogans, mit denen die Chilenen durch die Straßen zogen. Auf denen wollten sie so lange bleiben, „bis die Würde wieder zur Gewohnheit wird!“; Autofahrern wurde die Weiterfahrt nur unter einer Bedingung gewährt: „Nur wer tanzt, darf durch!“. Die Rapperin Ana Tijoux ist das musikalische Sprachrohr der neuen Bewegung. Bereits 2019 hatte die französisch-chilenische Sängerin mit ihrem Song *Cacerolazo* eine in Lateinamerika seit Jahren verbreitete Protestform künstlerisch verewigt, bei der mittels Töpfen, auf Spanisch *cacerolas*, Lärm gemacht wird. Im März 2020 legte Tijoux dann ihr kämpferisches Album *Antifa Dance* vor.

Den Begriff *Antifa* versteht sie positiv: In einer Zeit, in der autoritäre Ideen wieder Aufwind haben, ist Antifaschismus für Ana Tijoux ein Grundwert demokratischer Gesellschaften. Angesichts des grassierenden Hasses habe sie bewusst ein „tanzbares Album“ vorgelegt, sagt Tijoux. Sie wolle Kunst machen, „die mit Musik und Farbe aufgeladen“ sei, „Kunst, die tänzerisch antwortet“. Unter der Mitwirkung von Alex Anwandter (*Paco Vampiro*) heißt es im gleichnamigen Titelsong zu einem harten Elektro-Beat: „Cántalo suave, lucha de clase!“ – „Sing es sanft, Klassenkampf!“

Oben:
Proteste in
Kolumbien.
Foto: Tobias
Käufer

Links:
Ana Tijoux.
Foto: Maritza
Ríos/Secretaría
de Cultura de
la Ciudad de
México

ADVENIAT UNTERSTÜTZT WIDERSTAND UND PROTEST GEGEN BERGBAUKONZERN

Zwei Jahre nach dem Verbrechen von Brumadinho

In der Nähe der Kleinstadt Brumadinho im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais barst am 25. Januar 2019 ein Damm der Bergbaufirma Vale, der ein riesiges Becken für Rückstände aus dem Eisenerzabbau sicherte. Die austretenden Schlammmassen begruben 270 Menschen unter sich, darunter auch zwei Schwangere – weswegen Opfernverbände von 272 Todesopfern sprechen. (→ Siehe auch Bericht auf Seite 4)

Die Katastrophe war auf die nachlässige Wartung und auf von Vale gekaufte Gutachten über die Sicherheit des Damms zurückzuführen. Bis heute hat der Konzern jedoch nicht die volle Verantwortung für die vorhersehbare Katastrophe übernommen und wehrt sich gegen Klagen von Opfernverbänden auf Wiedergutmachung. Tausende Menschen in der Region um Brumadinho, deren Leben durch die Verseuchung des einstmals sauberen Flusses Paraopeba existenziell beeinträchtigt wurde, warten bis heute auf eine Anerkennung als Betroffene und eine Entschädigung. Viele von ihnen sind Kleinbauern, die ihre Felder nicht mehr bewässern können; aber auch eine Gemeinde von Indigenen und eine Siedlung der Landlosenbewegung MST ist darunter.

Anlässlich des Jahrestags der Katastrophe fand in Brumadinho eine von Adveniat finanziell unterstützte Wallfahrt und Protestveranstaltung gegen den Vale-Konzern statt. Es geht um Solidarität, Gemeinschaft und Widerstand, erklärte Weihbischof Dom Vicente Ferreira, einer der Organisatoren. „Wir sind Brüder und Schwestern, wir halten uns fest an den Händen“, heißt es in einem Lied, das er eigens für die Wallfahrt getextet hat.

Zu dieser Veranstaltung hatte sich vorab ein breites Bündnis aus betroffenen Bauern, Indigenen und Afrobrasilianern, Angehörigen von Opfern, sozialen Bewe-

gungen, Universitäten sowie Kirchengemeinden aus der gesamten Region zusammengeschlossen. Wegen der Coronapandemie fanden die meisten Treffen im virtuellen Raum statt. Das hatte den Vorteil, dass Menschen aus ganz Brasilien teilnehmen konnten, die von den Folgen umweltschädlichen Bergbaus betroffen sind. Es ging vor allem darum, gemeinsame Probleme zu identifizieren, die Kräfte zu bündeln und kollektive Strategien auszuarbeiten. Es wurden Briefe und Videobotschaften ausgetauscht, ein Webinar informierte über internationale Klagen, Betroffene kamen auf dem YouTube-Kanal der brasilianischen Bischofskonferenz zu Wort, es gab künstlerische, musikalische und poetische Darbietungen sowie eine Totenwache.

„Die Wallfahrt erinnert uns daran, dass das Volk Gottes ein Pilgervolk ist. Es ist unterwegs, um die Freiheit zu finden, den Frieden und soziale Gerechtigkeit“, sagt Dom Vicente. „Wir erinnern an die 272 Opfer von Brumadinho. Es ist eine Anklage und eine Forderung, damit Wiedergutmachung geschieht und erneut Hoffnung auf eine ganzheitliche Ökologie gesät werden kann.“ Das Konzept der ganzheitlichen Ökologie geht auf die Enzyklika „Laudato Sí – Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ von Papst Franziskus zurück. Seine Warnung vor den zerstörerischen Folgen der kapitalistischen Ausbeutungslogik werden in Brumadinho verstanden. Hier haben die Menschen erlebt, was sie anrichten kann. (pl)

Fast ein Jahr nach der Katastrophe war die Zerstörung durch die Schlammlawine immer noch deutlich erkennbar.
Foto: Florian Kopp



ADVENIAT FORDERT ZUGANG ZU IMPFSTOFF

„Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht“



„Die Corona-Pandemie hat die Missstände im Gesundheitswesen weltweit und ganz besonders in Lateinamerika noch einmal offengelegt. Ob medizinische Versorgung oder Impfungen – sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen zahlen wieder einmal den höchsten Preis.“ Das hat der Hauptgeschäftsführer des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat, Pater Michael Heinz, anlässlich des Welttags der Kranken am 11. Februar kritisiert.

„Der Zugang zu Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht, das niemandem verweigert werden darf“, sagte Pater Heinz. In Lateinamerika seien besonders die Indigenen und Afroamerikaner von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Europa habe wegen seiner kolonialen Geschichte eine besondere Verantwortung für Lateinamerika. „Aus dieser Verantwortung heraus muss das Ziel sein, für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten in Lateinamerika patentgeschützte Impfstoffe zugänglich und bezahlbar zu machen.“ Die medizinische Grundversorgung ist laut Pater Heinz in weiten Teilen Lateinamerikas katastrophal. Deshalb setzt sich Adveniat gemeinsam mit dem kirchlichen Netzwerk Repam im Amazonas-Raum für das Überleben der indigenen Bevölkerung ein, indem Lebensmittelpakete, Hygieneartikel und Medikamente als Nothilfe bereitgestellt werden. In Kolumbien und Mexiko hilft Adveniat dabei, Migranten aus Mittelamerika oder Venezuela eine medizinische Grundversorgung zu garantieren. „Die Länder, die Migranten aufnehmen, dürfen nicht allein gelassen werden. Sie müssen von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden, damit auch Geflüchtete ohne gültige Aufenthaltspapiere geimpft werden können“, forderte Pater Heinz.

Das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat hat bereits rund acht Millionen Euro für mehr als 400 Projekte zur Bekämpfung der Coronapandemie und ihrer Folgen zur Verfügung gestellt. (tk)

SPENDENERFOLG

Challenge zum Welttag der Armen

10.352 Euro hat die Challenge zum Welttag der Armen eingebracht. 16 Gruppen sind dem Aufruf des Bündnisses „Gemeinsam solidarisch zum Welttag der Armen“ gefolgt, dem auch das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat angehört.

Von dem Gesamterlös gehen 2.500 Euro an das Ausbildungszentrum Cetpro (Centro de Educación Técnico Productiva) im peruanischen Jaén, wo Schwester Sonia Herrera Cabezas jungen Menschen aus

Links: Schwester Neusa verteilt Lebensmittel, Hygieneartikel und Schutzmasken im Rahmen der Corona-Soforthilfe. Foto: Florian Kopp



Die bunten, mit Honig und Mandelöl gefertigten Naturseifen waren gerade in der Vorweihnachtszeit ein echter Renner und führten zu Einnahmen von 1.800 Euro. Foto: bwa

armen Familien ohne Schulabschluss eine Berufsausbildung bietet. Mit 5.000 Euro werden Benachteiligte im unmittelbaren Umfeld der sechzehn spendensammelnden Gruppen zielgerichtet unterstützt, weitere 2.500 Euro fließen in den Sozialfonds des Bistums Essen.

Den ersten Platz der Challenge belegten Teilnehmer der Jugendberufshilfe Duisburger Werkkiste mit ihrem Verkaufsschlager „Seifenkisten“. (bwa)

Bischöfliche Aktion Adveniat e.V., Postfach 10 01 52, 45001 Essen
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, K 52635

„Ich habe meine Papiere immer parat, denn es kann jederzeit sein, dass ich plötzlich das Land verlassen muss.“

Juan, Journalist in Caracas, Venezuela



adveniat
für die Menschen
in Lateinamerika